www.roteanneliese.ch

NR. 241 | FEBRUAR 2017 | FR. 8.–

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

Nordirlandkonflikt:

Ein geteiltes Land

Seite › 8-10

Energiestrategie 2050:

Ein Schritt in die richtige Richtung

Seite › 11

Philosophie:

Zwischen Muse und Mentorin

Die literarischen Publikationen von Lou Andreas-Salomé werden bis heute unterschätzt. Dabei hat sie spannende Beiträge in Zusammenhang mit der Geschlechterfrage geleistet

Seite › 12/13

Kirchenaustritte:

Die Kirche hüllt sich in eine Mauer des Schweigens

Seite › 16

Wahlen 2017:

Für eine solidarische und soziale Stimme im Wallis: Weil jede Stimme zählt!

Seite › 3

Pflegenotstand:

Neues Angebot – alte Probleme

Seite › 6/7

Bildquelle: Paul-Georg Meister/pixelio.de

«Les faits en dernier»

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hat auch im Wallis Begehrlichkeiten geweckt. Inspiriert von Trumps Wahlkampf und Methoden hat sich die SVP Unterwallis kurzerhand den Wahlslogan «Le Valais d'abord». Ein eingängiger (und inhaltsleerer) Slogan alleine reicht jedoch selbstverständlich nicht. Ganz in trumpscher Manier probiert sich die SVP als Vertreterin der «kleinen Leute» hochzustilisieren. Schuld am Leid jener, sind wie immer, Asylsuchende oder GrenzgängerInnen.

Dem Begriff «Fakten», häufig verbunden mit der Wortneuschöpfung «alternative Fakten», konnte man in letzter Zeit als ZeitungsleserIn kaum mehr entgehen. Entsprechend ist es auch bei der aktuellen Kampagne der SVP Unterwallis angebracht, einmal ein paar Fakten zu checken. So heisst es etwa auf einem der von der SVP Unterwallis verbreiteten Plakat: «Stéphane, trop cher, a perdu son emploi. Il n'est pas frontalier». Die GrenzgängerInnen sollen also Schuld daran sein, dass jener Stéphane seine Arbeitsstelle verloren hat. Schaut man jedoch auf die Zahlen, findet man schnell heraus, dass im Wallis gerade einmal weniger als jeder hundertste Angestellte tatsächlich Grenzgänger ist. Den Frontalieri die Schuld an Arbeitslosigkeit zu gehen ist hanebüchener Unsinn. Vielmehr verrichten diese oftmals Arbeit, für welche sich viele SchweizerInnen allem Anschein nach zu schade sind.

Um Lohndumping bei AusländerInnen und GrenzgängerInnen zu verhindern, gibt es in der Schweiz die flankierenden Massnahmen. Diese ermöglichen die Kontrolle der Einhaltung der minimalen oder üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die SVP selber bekämpft die flankierenden Massnahmen jedoch seit jeher. Wenn ihr also tatsächlich etwas am Schutz der einheimischen und ausländischen ArbeitnehmerInnen liegen würde, wäre dies wohl kaum der Fall.

Auf einem weiteren Plakat der SVP Unterwallis steht geschrieben: «Maria, mère de famille, ne peut plus payer son loyer…». Weiter unten wird gleichzeitig Stimmung gegen Asylsuchende gemacht. Fakt ist, dass auch das Wallis mit steigenden Mietpreisen zu kämpfen hat. Und auch die Immobilienpreisen der zahlreichen Neubauten sind teilweise horrend. Ich kann mich jedoch nicht erinnern, dass sich die SVP jemals für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt hat. Vielmehr kämpfen linke Parteien im Wallis schon lange für einen sozialen Wohnungsbau, wenn jedoch auch mit bescheidenem Erfolg. Auch stand die SVP an vorderster Front mit dabei, als es im Grossen Rat darum ging, die Leistungen von SozialhilfebezügerInnen massiv zu kürzen. Die Kürzungen zielten übrigens auch auf Grossfamilien ab, «Maria» könnte also ebenfalls davon betroffen gewesen sein. Für einen erweiterten Faktencheck bleibt an dieser Stelle leider nicht genügend Platz. Dennoch ist zu hoffen, dass die Walliser StimmbürgerInnen am 5. März nicht der Rattenfängerei der SVP auf den Leim gehen. Denn egal wie faktenfrei und hetzerisch die Plakatkampagne der SVP Unterwallis auch sein mag, hat sie doch in einem Punkt recht: Tatsächlich gibt es auch im Wallis von der Gesellschaft Abgehängte, die dringend Hilfe benötigen. Lösungen bietet ihnen die SVP jedoch nicht an. Umsomehr braucht es soziale und solidarische Kräfte, welche sich auch weiterhin für einen sozialen Wohnungsbau einsetzen oder gegen weitere Kürzungen in der Sozialhilfe einstehen. «Maria» und «Stéphane» ist zu wünschen, dass ebenjene Kräfte gestärkt aus den Wahlen gehen.

Martin Germann

Inhalt

Grossratswahlen:
Weil jede Stimme zählt
3

Staatsratswahlen:
Die KandidatInnen der «Linken Allianz»
4/5

Pflegenotstand:
Neues Angebot – alte Probleme
6/7

Nordirland:
Ein geteiltes Land
8-10

Energiestrategie 2050:
Ein Schritt in die richtige Richtung
11

Philosophie:
Lou Andreas-Salomé
12/13

Dies und Das:
Ein anderer Blickwinkel & Buchtipp
14

Agenda:
Der Veranstaltungskalender der RA
15

Kirchenaustritte:
Fehlende Transparenz im Wallis
16

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis, Tel. 027 923 63 89, rote.anneliese@rhone.ch

INTERNET www.roteanneliese.ch

FACEBOOK facebook.com/rote.anneliese

REDAKTOR Martin Germann

MITARBEITENDE Sarah Heinzmann, Jonas Jossen, Michael Näpfli, Brigitte Wolf

DRUCK s+z:gutzumdruck, 3902 Brig-Glis

Wo Feuer ist, da ist auch Rauch!
Haben Sie etwas gehört oder gesehen? Melden Sie sich bei der RA.
rote.anneliese@rhone.ch
Informationen werden vertraulich behandelt.

Wahlen 2017:

Für eine solidarische und soziale Politik:

Weil jede Stimme zählt!

Wallis | Die Legislaturperiode 2013 bis 2017 war geprägt von Sparmassnahmen auf dem Buckel der Armen und Schwachen der Gesellschaft. Die Rote Anneliese wagt einen Rückblick auf die letzten vier Jahre und zeigt auf, warum eine starke solidarische Stimme von links auch weiterhin unentbehrlich ist in der Walliser Politik.

Martin Germann

Der Walliser Grossrat glänzte in den vergangenen Jahren vor allem mit Sparmassnahmen..

Kürzungen in der Sozialhilfe

Auf den 1. Januar 2016 hin beschloss der Grosse Rat massive Kürzungen bei der Sozialhilfe. Insbesondere junge Erwachsene, Alleinerziehende und Grossfamilien waren von den Kürzungen massiv betroffen. So erhalten beispielsweise SozialhilfeempfängerInnen unter 25 Jahren nur noch die gesetzlich vorgeschriebene Nothilfe von 500 Franken monatlich. Zahlreiche weiter Einsparungen zielten darauf ab, jenen, die sowieso schon am wenigsten haben, auch noch diese klammen Mittel zusammenzustreichen.

Staatsrat Oskar Freysinger

Lange schauten die ParlamentarierInnen dem munteren Treiben von Staatsrat Oskar Freysinger zu. Dieser machte in erster Linie mit provokativen Aussagen und Auftritten bei skurrilen Veranstaltungen auf sich aufmerksam. Währenddessen liess er das Dossier zur institutionellen Akkreditierung der pädagogischen Hochschule lange Zeit unbearbeitet herumliegen und gefährdete damit sogar das Bildungsangebot der PH Wallis. Allgemein schien Freysinger sein Bildungsdepartement unter der Führung von Jean-Michel Cleusix kaum unter Kontrolle zu haben. Bis im Sommer 2016 endlich die Bombe platzte, verging einiges an Zeit. Seit geraumer Zeit hatte es Klagen über den Führungsstil innerhalb des Departements gegeben. Schliesslich musste gar der zuvor geschasste Jean-Francois Lovey einspringen, um die institutionelle Akkreditierung der PH Wallis noch irgendwie auf die Beine zu kriegen. Nicht der einzige Fehltritt in Sachen Personalpolitik, mit der Freysinger auf sich aufmerksam machte: Mit seinen menschenfeindlichen Aussagen sorgte Piero San Giorgio schweizweit für Aufsehen. Freysinger gab sich einmal mehr unwissend.

Raumplanungsgesetz

Der Grosse Rat tat sich schwer mit der Ausarbeitung eines Gesetzes, welches den Volksentscheid zur Raumplanung umsetzen sollte. Schlussendlich obsiegte das von Staatsrat Jean-Michel Cina vorgeschlagene Modell, welches die Rückzonung von über 2'000 Quadratmeter Bauland zur Folge hat. Die Konflikte bei den Rückzonungen sind vorprogrammiert. Das Modell, welches die SP-Oberwallis vorgeschlagen hatte, und Umlegungen statt Auszonungen vorsah, fand beim Walliser Grossrat keinen Rückhalt. Nun kommt Cinas Modell im Mai zur Abstimmung. Die Gegenseite läuft sich bereits warm und bei den BefürworterInnen des Modells ist die Euphorie alles andere als gross. Es droht ein komplettes Raumplanungs-Chaos.

Kürzungen bei den Krankenkassensubventionen

In Zeiten von unablässig steigenden Krankenkassenprämien stellen gerade für Wenigverdienende die kantonalen Krankenkassensubventionen eine finanzielle Entlastung dar. Ungeachtet dessen litten die Krankenkassensubventionen mit am meisten unter dem Spardiktat des Grossen Rats. Alleine in den Jahren 2014 und 2015 wurden bei den individuellen Verbilligungen der Krankenkassenprämien 48 Millionen Franken zusammengespart. Das sind Sparmassnahmen, die jede und jeder Einzelne in seinem Portemonnaie spürt.

Unternehmenssteuern

Die Walliser Regierung hat fest mit der Annahme der Unternehmenssteuerreform III gerechnet und sich nun damit knallhart verkalkuliert. Das Vorprojekt zur Änderung des Steuergesetzes im Zusammenhang mit der USR III war bereits in der Vernehmlassung, als diese vom Schweizer Stimmvolk klar bachab geschickt wurde. Mit dem neuen Steuergesetz hätte sich das Wallis aktiv an dem interkantonalen Steuerwettbewerb beteiligt, welcher einige Kantone bereits an den Rand des Ruins getrieben hat.

Oberwalliser Staatsanwaltschaft

Die Liste der Verfehlungen vom Oberwalliser Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold ist lang. Aufgefallen ist er vor allem mit Schweigen den Medien gegenüber und seinem Eifer gegen kleine CannabiskonsumentInnen. So verweigerte er der Roten Anneliese etwa 2014 Einsicht in Strafbefehle, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Trotz eindeutiger Gesetzeslage zieht Arnold KleinkonsumentInnen von Cannabis gerne vor Gericht und verliert dann dort. Dies sind nur einige Beispiele dafür, in welchem inkompetenten und überforderten Zustand sich die Oberwalliser Staatsanwaltschaft befindet. Die Verfehlungen bei der Oberwalliser Staatsanwaltschaft scheinen bei den ParlamentarierInnen in Sitten jedoch noch nicht angekommen sein, das Thema wird dort kurzerhand totgeschwiegen. ■

RA-Kommentar zu den Staatsratswahlen 2017

Das Vorspiel zu den Staatsratswahlen zog sich schier ewig in die Länge und wird wohl als eines der unberechenbarsten und denkwürdigsten in die Walliser Geschichte eingehen. Neben zahlreichen parteiinternen Konflikten lässt dabei vor allem die Wahlempfehlung von CSPO und CVPO aufhorchen. Diese empfehlen, Esther Waeber-Kalbermatten zu wählen. Natürlich ist diese Empfehlung in erster Linie Taktik und soll einerseits die eigenen Kandidaten stärken und gleichzeitig den zweiten Oberwalliser Staatsratssitz retten. Dennoch: Eine Wahlempfehlung von «Schwarzen» und «Gelben» für eine SPO-Kandidatin – so etwas schien vor nicht allzu langer Zeit undenkbar. Das zeigt, wie sich auch die politische Landschaft im Wallis am verändern ist. Die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Grossen Rat wurde vor vier Jahren gebrochen. Nun fürchten die C-Parteien dieses Szenario auch in der Walliser Regierung. Der Schachzug von Oskar Freysinger mit Nicolas Voide hat für reichlich Kopfzerbrechen gesorgt. Dabei ist das von Freysinger aufgeggleiste «Rechtsbürgerliche Bündnis» nicht mehr als eine Rauchpetarde, die von seinem eigenen Leistungsausweis und seinen zahlreichen Verfehlungen ablenken soll. Geschickt hat es Oskar Freysinger geschafft, dass nicht mehr über ihn, sondern den Kollaborateur Nicolas Voide gesprochen und geschrieben wird. Das «Rechtsbürgerliche Bündnis» gaukelt die Gefahr einer linksgerichteten Regierung vor und erzählt von einem «globalen Konzept, einer Idee, einer Vision.» Das ist reichlich gross aufgetragen für die Wahl einer Regierung in einem Schweizer Kanton. Ob dieser Pathos tatsächlich etwas bringt, wird sich zeigen. Das Duell zwischen Voide und Darbellay ist relativ unberechenbar. Es wird sich weisen müssen, wie geschlossen die C-Familie hinter ihrem offiziell nominierten Kandidaten steht. Geschlossenheit ist auch von den Walliser Genossinnen und Genossen gefordert. Was sich 2016 im Vorwahlkampf abgespielt hat, darf für die kommenden Wahlen keine Rolle mehr spielen. Die oft betonte Einigkeit über die Sprachgrenze hinweg ist nun gefragt. Auch wenn bei vielen Unter- und OberwalliserInnen der Frust über den jeweils anderen Kandidaten noch gross sein mag, darf dieser spätestens beim Ausfüllen des Wahlzettels keine Rolle mehr spielen. Nur geeint lässt sich der SP-Sitz im Staatsrat verteidigen – und im allerbesten Fall kommt noch ein zweiter hinzu.

Martin Germann

Die drei KandidatInnen der Linken Allianz präsentieren sich

Fragen der Roten Anneliese

Stéphane Rossini.

Worauf legen Sie den Fokus im Falle einer allfälligen Wahl in den Staatsrat?
Auf drei essentielle Elemente: Den Fokus auf die Nutzung der Synergien zwischen den Departementen, Entschlossenheit und Transparenz in der Entscheidungsfindung und die wirtschaftliche und soziale Solidarität.

Welches sind die grössten Herausforderungen für den Kanton Wallis in den nächsten Jahren?
Die wirtschaftliche Vielseitigkeit und die die nachhaltige Entwicklung der Industrie im Wallis, die Forschung, Innovation und der Transfer von Wissen im Technologie Bereich, eine enge Zusammenarbeit mit den KMU, die kulturelle Infrastruktur und die Beziehung zu der Bevölkerung in Berggebieten, die Innovation im Gesundheitswesen welcher der Überalterung der Bevölkerung Rechnung trägt.

Das Wallis: Ein Industrie- oder Tourismuskanton?
Beides! Wichtig ist für mich die Vielseitigkeit und darin liegt auch unsere Stärke. Daraus entspringt Innovation und Qualität. Die zahlreichen KMU Betriebe haben ein enormes Entwicklungspotenzial und zugleich sind sie wichtige Arbeitgeber. Diese gilt es bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu unterstützen. Im Tourismus gilt es die lokale Kirchturmpolitik zu überwinden um in einem wachsenden globalisierten Markt bestehen zu können.

Wie stark sehen Sie im Wallis einen «Raspille-Graben»? Was wollen Sie konkret für den kantonalen Zusammenhalt unternehmen?
Der «Raspille-Graben» ist eine politische Haltung, welche instrumentalisiert wird, um über wirkliche Debatten in unserer Gesellschaft hinwegzutäuschen. Man muss in einem Kanton wie dem Wallis in der Lage sein, den Regionalismus zu überwinden und zu einer Politik zu finden, welche die Schaffung von innovativen und qualitativ hochwertigen Projekten ermöglicht. Wir machen Politik für die Menschen, für die Leute, für alle statt für wenige, und dabei spielt es für uns keine Rolle, ob jemand Ober-, Unter-oder Mittelwalliser ist. Der Zusammenhalt im Kanton ist wichtig. Es fehlt aber vielerorts an der politischen Reife dies zu verstehen.

Was wollen Sie unternehmen, um die soziale Gerechtigkeit im Wallis zu stärken?
Es ist zwingend notwendig die Wirtschaft und das Soziale einander näher zu bringen. Es sind die beiden wichtigsten Komponenten unseres Wohlstandes. Man muss gegen Sozialabbau und gegen die Abwertung der Mittelschicht kämpfen. Einige Möglichkeiten: Man erhöht die Subventionierung der Krankenkassenprämien (48 Millionen Franken wurden dort 2014 und 2015 gespart). Man legt einen Mindestlohn fest und kämpft gegen Schwarzarbeit und Lohndumping. Programme zur Weiterbildung und zur beruflichen Wiedereingliederung müssen weiterentwickelt werden. ■

Jean-Michel Bonvin.

Worauf legen Sie den Fokus im Falle einer allfälligen Wahl in den Staatsrat?
Die Priorität liegt darin, ein Regierungsteam zu bilden, welches fähig ist, sich für die politischen Prioritäten zu einigen. Es ist auch wichtig, dass wir dahingehend handeln, damit wir einen Verwaltungs- und Leitungskonsens finden, um den Wert des menschlichen Kapitals hervorzuheben.

Welches sind die grössten Herausforderungen für den Kanton Wallis in den nächsten Jahren?
Meiner Meinung nach liegt die grösste Herausforderung darin, eine gute Mischung zu finden zwischen Ausbildung und der Suche nach neuen Unternehmen via Gründerzentren und Startups. So würden alle Walliser von den Investitionen im Ausbildungsbereich profitieren.

Das Wallis: Ein Industrie- oder Tourismuskanton?
Es ist nicht ausschliesslich eines von beidem. Für das Wallis zählen Industrie UND Tourismus.

Wie stark sehen Sie im Wallis einen «Raspille-Graben»? Was wollen Sie konkret für den kantonalen Zusammenhalt unternehmen?
Für mich ist es überraschend, dass dieser Graben so gross zu sein scheint. Für mich gibt es keine Unterschiede zwischen Ober- und Unterwallis. Das Problem liegt mehr zwischen Stadt und Land oder Berg und Tal. Hauptsache ist, dass alle jungen Menschen die Sprache der anderen sprechen. Wenn die Unternehmen als Arbeitgeber wichtiger werden, wird auch das Problem der Sprachbarriere beseitigt.

Was wollen Sie unternehmen, um die soziale Gerechtigkeit im Wallis zu stärken?
Ich möchte vor allem die wirtschaftliche Entwicklung bei den KMUs fördern. Gerade auch ausserhalb des Bauwesens. Und die Firmen ermuntern, eine dauerhafte und soziale verantwortungsbewusste Einstellung zu haben. ■

Worauf legen Sie den Fokus im Falle einer erneuten Wahl in den Staatsrat?
Im Fokus stehen die Dossiers der Rottenkorrektur, des Spitalausbaus, des Autobahnbaus im Oberwallis, des Vollausbaus der NEAT, der Unterstützung des Tourismus und der Bergbahnenpolitik, die aktiv vorangetrieben werden müssen.
In meinem Departement will ich meine Arbeit in der Gesundheits- und Sozialpolitik fortführen.
Auf meinen Vorschlag hat der Grosse Rat der Investitionspolitik zum Ausbau des Spitals in Sitten und im Oberwallis zugestimmt. Es ist wichtig, dass diese Arbeiten rasch umgesetzt werden. Ich werde mich weiterhin für eine gute ärztliche Versorgung stark machen. Mittels der notwendigen Rahmenbedingungen gilt es auch den drohenden Mangel an Hausärztinnen und -ärzten abzuwenden.
Im Sozialwesen will ich auch zukünftig den Akzent auf ein möglichst selbstbestimmtes Leben legen. Sei dies für unsere Eltern und Grosseltern wie für Menschen mit einer Behinderung. Dies gilt für ein Leben zuhause wie in einer Institution.

Welches sind die Herausforderungen für den Kanton Wallis in den nächsten Jahren?
Die demografische Entwicklung deutet auf eine Überalterung unserer Bevölkerung. Die verschiedenen Szenarien wurden analysiert und Lösungen in den Berichten über die Langzeitpflege 2016 – 2020, zu 60+, zu den Institutionen wie in den Vorschlägen durch die kantonale Kommission für eine fortschrittliche Alterspolitik aufgezeigt.
Es gilt auch den Kanton auf die klimatischen Veränderungen vorzubereiten. Die Natur reagiert auf den Einfluss des Menschen (Beispiel: Permafrost Aletschgebiet). Sicherheitsmassnahmen sind zu stärken und neue vorzuplanen. Andererseits kann der Sommertourismus gestärkt werden.

Das Wallis: Ein Industrie- oder Tourismuskanton?
Beides: Die Industrie, etwa in Visp und Lalden, St. Niklaus, Siders und Monthey bietet viele und gute Arbeitsplätze an. Gute Rahmenbedingungen erlauben es der Industrie, sich zu entwickeln. Das ist wichtig – auch für das zuliefernde Gewerbe in den Regionen. Die schöne Landschaft ist unser Kapital für den Tourismus. Zu dieser müssen wir Sorge tragen. Vorab den Sommertouristen sind bessere und flexiblere Produkte für das ganze Wallis anzubieten. Und: Es müssen sich nicht nur Gemeinden zusammenschliessen, sondern auch Tourismusvereine und Bergbahn-Betriebe. Nur so haben kleinere Stationen eine Chance, im Winter zu bestehen.

Wie stark sehen Sie im Wallis einen «Raspille-Graben»? Was wollen Sie konkret für den kantonalen Zusammenhalt unternehmen?
Der Sprachgraben existiert tatsächlich. Doch die Menschen in den beiden Sprachregionen sind sich sehr ähnlich, schliesslich hatten sie schon immer, geprägt durch die alpine Landschaft, mit vergleichbaren Herausforderungen zu tun. Die grösste Barriere stellt aber die sprachliche Verständigung dar. Es ist ein grosser Aufwand, eine Fremdsprache mit all ihren Nuancen zu erlernen. Doch bin ich überzeugt, dass man genau diesen nicht scheuen darf. Wer beide Amtssprachen im Wallis spricht, sichert sich Vorteile und hilft mit, den Graben zu überwinden.
Im Grossen Rat müssen vermehrt Persönlichkeiten über die Sprachgrenze und über die politischen Gruppierungen hinaus politisieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Austauschprogramme von Schülerinnen und Schülern können das gegenseitige Sprach- und Kulturverständnis verbessern.

Was wollen Sie unternehmen, um die soziale Gerechtigkeit im Wallis zu stärken?

Esther Waeber-Kalbermatten.

Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich Jahr für Jahr. Wir brauchen einen starken Staat, der einen sozialen Ausgleich schafft. Ich setze mich ein für gute Löhne – Erwerbsarmut darf es nicht geben. Diese trifft besonders die Frauen. Darum sind Gesamtarbeitsverträge für alle Branchen einzuführen. Die Sozialversicherungen dürfen auf Bundesebene nicht weiter ausgehöhlt werden. Und dann braucht es mehr Linke im Grossen Rat, damit das Sparen auf dem Buckel der sozial Schwachen aufhört.
Ich fördere ganz bewusst Frauen, weil Frauen in der Politik und der Wirtschaft neue und eigene Akzente setzen. Seit Jahren ist bewiesen, dass gemischte Teams die erfolgreichsten überhaupt sind. Warum sie dennoch nur sehr mühsam zustande kommen, bleibt eine Frage, die ich gerne an Politiker und Wirtschaftsführer weitergebe. ■

Pflegenotstand:

Neues Ausbildungsangebot kommt – miese Arbeitsbedingungen bleiben

Visp | Der Bedarf an Pflegepersonal steigt schweizweit und kann bereits heute teilweise nicht mehr gedeckt werden. Diesem Missstand will der Kanton Wallis mit einer höheren Fachschule Pflege (HF) entgegenwirken. Dem Pflegenotstand wird das kaum entgegenwirken können, denn die Probleme liegen tiefer.

Martin Germann

Bildquelle: hevs.ch

Zusätzlich zum Bachelorstudiengang Pflege FH soll neu auch eine Ausbildung an einer höheren Fachschule Pflege in Visp angeboten werden.

Das Postulat von Patrick Hildbrand (SVPO), Philipp Matthias Bregy (CVPO) Bruno Perroud (SVP) und Irmina Imesch-Studer (CSPO) zur Einführung einer höheren Fachausbildung Pflege im Oberwallis hat einen langen harzigen Weg hinter sich. In der Novembersession 2015 wurde es in erster Lesung vom Grossen Rat mit 54 Ja zu 56 Nein Stimmen (bei 9 Enthaltungen) anscheinend abgelehnt. Am Folgetag hinterlegte der damalige Grossrat Beat Rieder eine Ordnungsmotion. Wie sich herausstellen sollte zu Recht. Ein Vergleich mit den TV-Bilder von Kanal9 und dem schriftlichen Abstimmungsausdruck ergab, dass das elektronische Abstimmungsergebnis nicht stimmte. Einmal mehr versagte das EDV-System des Grossen Rats. Das Büro des Grossen Rats korrigierte das Abstimmungsergebnis nachträglich und erklärte das Postulat für angenommen.

«Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind teilweise miserabel.»

Eine von Esther Waeber-Kalbermatten und Oskar Freysinger eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete ein Projekt zur Umsetzung des Postulats. Am 19. Januar dieses Jahres wurde jenes in Visp schlussendlich präsentiert. Anfangs ist ein Pilotprojekt geplant, welches von Anfang 2017 bis Ende 2020 laufen soll. Mit der höheren Fachschule Pflege soll einerseits verhindert werden, dass OberwalliserInnen fürs Studium nach Bern gehen müssen. Andererseits soll es dem Pflegenotstand entgegenwirken.

Damit gibt es nun – neben dem Bachelorstudiengang Pflege FH in Visp – für OberwalliserInnen eine weitere Möglichkeit für eine vertiefte Ausbildung im Pflegebereich. Die beiden Angebote unterscheiden sich vor allem in den Anforderungen, welche an die Studierenden gestellt werden. Während für den Studiengang an der Fachhochschule eine Berufsmatur, gymnasiale Matur oder eine Fachmatura vorausgesetzt wird, richtet sich das neue Angebot vor allem an Fachfrauen und -männer Gesundheit, AbsolventInnen der Fachmittelschule Bereich Gesundheit und an QuereinsteigerInnen.

Die alten Probleme bleiben

Die Stossrichtung ist dabei klar, der Zugang zu Pflegeberufen soll mehr Menschen ermöglicht werden. Das ist auch bitter notwendig. Denn bis 2020 werden rund 25'000 zusätzliche qualifizierte Fachpersonen benötigt. Fraglich ist jedoch, ob dieses neue Angebot tatsächlich den gewünschten Effekt hat. Zwar mag es durchaus sein, dass sich durch das neue Angebot ein paar zusätzliche Personen für den Pflegeberuf entscheiden, die tatsächlichen Probleme bleiben jedoch.

Denn die Profession der Pflege hat schweizweit mit schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Wie hoch oder tief die Wertschätzung für eine Berufsgruppe ist, lässt sich auch zu einem grossen Teil an den Löhnen ablesen. Und da schneidet die Pflege miserabel ab. Der vom VPOD und der Syna unterzeichnete Gesamtarbeitsvertrag für den Spital Wallis klassifiziert die Diplomierten Pflegefachfrauen/-männer FH in die Lohnstufe 11b. Als Minimallohn bedeutet dies ein monatliches Gehalt von knapp 5'000 Franken. Eine Unterscheidung zwischen dem Abschluss an einer höheren Fachschule und an einer Fachhochschule macht der GAV übrigens nicht. Alles in allem ist der Lohn bei wohl kaum einem anderen Bachelor-Studium nach Abschluss so tief wie in der Pflege.

Helena Zaugg vom SBK sieht vor allem darin Handlungsbedarf, die Arbeitsbedingungen von Pflegefachpersonen zu verbessern.

Verband ist skeptisch

Es sind jedoch nicht nur die tiefen Löhne, welche die Pflegeberufe unattraktiv machen. Helena Zaugg, Präsidentin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), sieht auf Nachfrage der Roten Anneliese diverse problematische Entwicklungen. So habe sich in den letzten Jahren immer mehr die Tendenz zu Arbeit auf Abruf entwickelt. Die Pflegefachfrauen und -männer müssten teilweise innerhalb von einer halben Stunde auf der Matte stehen. Vor allem in der Langzeitpflege gebe es inzwischen auch den Trend zu Pikettdiensten, häufig auch am Wochenende. Gerade in der Pflege, wo auch sehr viele Mütter arbeiten, sei dies eine sehr problematische Entwicklung.

In den Befragungen, die man regelmässig durchführe, werde als grösstes Problem jeweils der Zeitdruck genannt. Häufig blieben den Pflegefachpersonen für PatientInnen kaum mehr die Zeit, die sie tatsächlich benötigen und sich wünschen würden. Auch die Forderung nach mehr Mitspracherecht tauche bei den Wünschen immer wieder an vorderster Stelle auf. Die Löhne hingegen rangieren jeweils erst etwa an fünfter oder sechster Stelle. Problematisch sei bei den Löhnen vor allem, dass diese kaum abgestuft seien. Weiterbildungen oder auch ein Master-Studiengang würden auf diese Weise gar nicht richtig gefördert, da sie auch nicht belohnt werden.

«Der Pflegebestand wird sich noch weiter verschärfen.»

Über das neue Angebot der höheren Fachschule Pflege in Visp mag sich Helena Zaugg vom SBK kein Urteil erlauben. Ob das Angebot wirklich zielführend sei, sei schwer zu sagen. Denn ob der Bedarf alleine im Oberwallis tatsächlich vorhanden sei, lasse sich nur schwer abschätzen. Um die Nachfrage zu erhöhen, hat Zaugg jedoch einen konkreten Vorschlag: Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit hätten nach ihrer Lehre ihre Erstausbildung bereits absolviert. Gerade bei der Finanzierung einer höheren Fachschule stellten sich dadurch viele Fragen. Für Zaugg wäre hier eine gezielte finanzielle Unterstützung wichtig, damit mehr Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit den Schritt an eine höhere Fachschule oder Fachhochschule wagen.

Wirksames Mittel?

Es sind also auch finanzielle Hürden, die viele interessierte Personen davon abhalten, eine höhere Berufsbildung in der Pflege anzustreben. Ob das neue Angebot der höheren Fachschule das ausgleichen kann, lässt sich heute noch nicht sagen. Die Sparübungen des Kantons, die auch Stipendien und Ausbildungsbeiträge betreffen (RA Nr. 238), sind schon einmal ein Zeichen in die falsche Richtung. Klar ist: Der Pflegenotstand ist bereits heute real und wird sich in naher Zukunft noch weiter verschärfen. Die rund 25'000 zusätzlichen qualifizierten Fachpersonen in der Pflege braucht es bis 2020. Bis dann läuft das Pilotprojekt der höheren Fachschule Pflege. Es könnte also bereits zu spät sein. ■

Volksinitiative für eine starke Pflege

Kürzlich lancierte der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) die Volksinitiative für eine starke Pflege. Die Initiative will die Pflegeberufe attraktiver machen und setzt auf drei Hauptpfeiler:

- Eine Pflege mit Zukunft – ausreichende Pflegeversorgung: Mittels einem neuen Verfassungsartikel soll erreicht werden, dass Bund und Kantone für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität sorgen. Dazu soll auch dem akuten Personalmangel aktiv entgegengewirkt werden.
- Wirksame Massnahmen gegen den Fachkräftemangel: Im Falle einer Annahme der Volksinitiative müssen wirksame Massnahmen zur Behebung des Mangels an diplomierten Pflegefachpersonen ergriffen werden. Geregelt werden soll auch, welche Pflegeleistungen Pflegefachpersonen in eigener Verantwortung und welche sie auf ärztliche Anordnung erbringen.
- Ein attraktiver Pflegeberuf: Ein Ziel der Volksinitiative ist es, den Pflegeberuf aufzuwerten. Zu attraktiven Arbeitsbedingungen gehören faire Löhne – auch während der langen Ausbildungszeit – sowie familienfreundliche Rahmenbedingungen, mehr Entscheidungsbefugnis sowie bessere Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten.

Alle Informationen zur Pflegeinitiative gibt es auf www.pflegeinitiative.ch

RA-Kommentar

Die Idee, im Oberwallis eine höhere Fachschule Pflege anzubieten, ist grundsätzlich keine schlechte. Wer sich bisher davon abschrecken liess, die entsprechende Ausbildung ausserkantonal zu absolvieren, könnte sich vom neuen Angebot durchaus begeistern lassen. Allzu gross wird diese Zahl jedoch nicht sein und so bleibt das neue Bildungsangebot in erster Linie eine Alibiübung. Denn das grundsätzliche Problem, die mangelnde Attraktivität von Pflegeberufen, entschärft es keineswegs. Die Obsan-Studie «Nurses at Work» zeigt klar auf, wo die Probleme im Pflegebereich liegen. Als Gründe für die Unzufriedenheit in ihrem Beruf gaben die Befragten unter anderem die Beeinträchtigung des Privatlebens durch die Arbeit, tiefer Lohn, Erschöpfungsgefühle, hohe Arbeitsbelastung, fehlendes Mitspracherecht bei Entscheidungen und fehlende Entwicklungsmöglichkeiten im Betrieb an. Das Alles sind real existierende Probleme, denen sich Menschen in Pflegeberufen ausgesetzt sehen, wie auch die die Präsidentin des SBK gegenüber der Roten Anneliese bestätigte.

Die Pflegeberufe sind weiterhin in erster Linie eine Frauendomäne. Umso wichtiger wäre es, dass sich die ArbeitgeberInnen um eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie sorgen würden. Denn mehr Personen im Pflegebereich auszubilden, bringt nur dann etwas, wenn diese ihren Beruf nach einer allfälligen Familiengründung noch weiterführen können. Weitere Massnahmen, die aufgrund der Obsan-Studie empfohlen werden, sind angemessenere Lohnskalen und niedrigere Arbeitsbelastung. Gerade beim Lohn hinken die Pflegeberufe anderen Branchen weit hinterher. Wer im Wallis den normalen Weg hin zum Bachelor FH Pflege absolviert, benötigt dafür sieben Jahre – nach diesen sieben Jahren gibt es dann gerade einmal einen Bruttolohn von knapp 5'000 Franken. Da fällt es schwer, jungen Menschen oder QuereinsteigerInnen den Beruf schmackhaft zu machen. So lange es dabei bleibt, wird sich am akuten Pflegenotstand nichts ändern – höhere Fachschule Pflege hin oder her. Es wäre schön, wenn sich die InitiantInnen des ursprünglichen Postulats ebenfalls so vehement für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege einsetzen würden, wie für ihr Postulat. Nicht zuletzt sind auch die Gewerkschaften gefordert. Es braucht eine bessere Organisierung und Mobilisierung in den Betrieben, denn nur wenn auch der Druck der Angestellten in der Pflege auf die ArbeitgeberInnen wächst, können die Arbeitsbedingungen langfristig verbessert werden. ■

International

Nordirlandkonflikt:

Belfast: Eine geteilte Stadt in Zeiten des «Friedens»

Belfast | Seitdem Loyalisten* und Republikaner* im Rahmen des Karfreitagsabkommens im Jahre 1998 einen Friedensvertrag abgeschlossen haben, herrscht offiziell Frieden in Nordirland. Die grössten Parteien auf beiden Seiten und ihre bewaffneten Gruppen haben sich zum Waffenstillstand durchgerungen. Die Verhandlungen haben bei beiden Parteien und auf Seiten des englischen und irischen Staates für Zugeständnissen gesorgt. In unseren Breitengraden wird seither wenig über die Situation vor Ort berichtet.

Michael Näpfli

Der Nordirlandkonflikt schwelt inzwischen seit mehr als einem Jahrhundert und wird dabei häufig als Religionskonflikt missverstanden. Die Konfliktparteien definieren sich jedoch nicht über die Religion, sondern über ihr Verständnis zu England und Irland und den damit verbundenen Zielen. Dabei werden die Kombattanten historisch den jeweiligen Konfessionen zugeordnet, wodurch Aussenstehende oftmals einen Religionskonflikt hineininterpretieren. Irland, eine für den katholischen Glauben erstaunlich friedlich missionierte Insel, war über Jahrhunderte katholisch geprägt. Durch die Besatzung Englands wurden anglikanische Adlige angesiedelt und damit begann die Knechtschaft der katholischen Religion erst richtig. Katholiken hatten kein Recht auf Besitz und Teilnahme am politischen Geschehen. Fortschrittliche Protestanten aus dem Adel schlossen sich schon früh und immer wieder mit katholischen Bauern und Knechten zusammen, um erste Aufstände zu wagen. Diese wurden von der englischen Krone jeweils blutig niedergeschlagen. Damit wurde die Übermacht der Protestanten von Englischer Seite aus gefestigt.

Bewusst geteilte Bevölkerung

Nordirland verfügt im Moment über etwas mehr als 1,8 Millionen EinwohnerInnen. Durch die Bevölkerung verläuft jedoch ein tiefer Graben.Dabei halten sich mittlerweile die offiziell gemeldeten Katholiken und Protestanten die Waagschale; sie kommen beide auf jeweils zirka 40 Prozent. Die Hauptballungszentren befinden sich in Derry und der Hauptstadt Belfast. In Belfast ist der Anteil der beiden Konfessionen ausgeglichen. In Derry, welches an die südliche Grafschaft Donegal grenzt, haben die Katholiken die Überhand. Dadurch wurde im Stadtparlament der Stadtname offiziell von Londonderry zu Derry geändert. Dies widerspricht wiederum den englischen Behörden, welche beispielsweise bei Busfahrplänen und anderen öffentlichen Kennzeichnungen bewusst Londonderry schreiben. Die Trennung ist damit auch seitens der Behörden ein ständiges Thema.

Dies ergibt sich auch im geographischen Bestand von Nordirland. Die historischen neun Grafschaften von Ulster wurden 1921 im Rahmen der Friedensgespräche zwischen den Rebellen und England auf sechs Grafschaften reduziert. Dies nach der Niederschlagung des Osteraufstandes 1916 und der darauffolgenden Rebellion für ein unabhängiges und sozialistisches Irland. Die verbleibenden sechs Grafschaften waren damals mehrheitlich protestantisch geprägt. Die Gründe dafür liegen in einer von der britischen Regierung geförderten Ansiedlung halbfeudaler aufmüpfiger schottischer Protestanten. Die restlichen 26 Grafschaften waren und sind stark katholisch geprägt. Die eher katholisch geprägten Grafschaften Ulsters wurden von England bewusst ausgeklammert. Der Norden sollte treu zur Krone stehen. Das britische Empire hat sich eine vermeintlich loyale Kolonie geschaffen.

Ein fragiler Waffenstillstand

Im Jahre 2001 haben die bewaffneten Gruppen offiziell ihre Waffen abgegeben. Die Mehrheit der politischen Gefangen wurden bereits vorher freigelassen. Dennoch gibt es immer wieder Splittergruppen, welche den bewaffneten Kampf weiterführen. Auf loyalistischer Seite sind die Paramilitärs vor allem mit Drogenhandel, internen Machtkämpfen und Morden beschäftigt. Die republikanische Seite wiederum verfügt über diverse Gruppen, welche immer wieder Attacken auf die Polizei und das britische Militär verüben. Ebenfalls kommt es zu Attacken mit ökonomischen Zielen, wie beispielsweise Anschläge auf englische Banken und Geschäfte.

«Immer noch wird der bewaffnete Kampf von verschiedenen Gruppen geführt.»

Die Splittergruppen führen aber bei weitem nicht eine so aktive Kampagne wie die IRA. Dennoch bleibt der bewaffnete Widerstand bestehen und stellt für die Behörden eine Bedrohung dar. Die Zahl der Verhaftungen steigt daher auch kontinuierlich. Dabei kommt es teilweise auch zu willkürlichen Inhaftierungen ohne konkrete Anklage oder Bedrohungslage. Aktuellstes Beispiel ist dabei Tony Taylor, ein ehemaliges Mitglied der IRA, der im Rahmen des Karfreitagsabkommens freigelassen wurde. Dieser ist ohne Anklage bzw. Vergehen seit mehr als 375 Tagen in Haft. Zahlreiche PolitikerInnen und Organisationen setzen sich für seine Freilassung ein, bislang jedoch ohne Erfolg. Insgesamt gibt es im Moment fast hundert politische Gefangene auf Seiten der Republikanischen Bewegung.

Die verlorene Vormachtstellung

Die Bevölkerung kann sich jedoch um einiges freier bewegen, als dies in den Höchstzeiten des Konflikts der Fall war. Doch sie ist nach wie vor tief gespalten. Seit dem Karfreitagsabkommen gibt es deutlich mehr sogenannte Friedensmauern (Peacewalls) als während des Konfliktes. Diese riesigen Mauern trennen loyalistische und republikanische Viertel voneinander. Die Trennung dient als Schutz vor Ausschreitungen und Angriffen. Dennoch kommt es immer wieder an einzelnen Punkten zu Ausschreitungen zwischen Jugendlichen beider Seiten. Diese werden hauptsächlich über soziale Netzwerke organisiert. SozialarbeiterInnen und PolitikerInnen auf beiden Seiten versuchen, diese Ausschreitungen und Angriffe so gut wie möglich im Vorfeld zu verhindern. Das gelingt besonders in den Sommermonaten, in denen die Loyalisten zahlreiche Paraden abhalten, nicht immer. Der Hass gegenüber den anderen wird mehrheitlich von loyalistischer Seite aus unerbittlich geschürt. Die protestantische Seite sieht sich als Verliererin des Friedensabkommens. Die vorherige Vormachtstellung gegenüber den katholischen Nachbarn ist nicht mehr so stark ausgeprägt, wie es früher der Fall war. Der katholischen Bevölkerung wurden im Verlaufe des Konflikts und besonders nach dem Karfreitagsabkommen mehr politische Rechte zugestanden. Nun dürfen diese ebenfalls mitregieren und mitbestimmen.

Ein Wandbild in Belfast zu Ehren der «Cumann na mBan» (Frauen der IRA).

Eine Gedenkstätte für die gefallenen Kämpfer-Innen in Belfast.

Teure Proteste

Im Jahr 2012 bedingte dies, dass die Fahne Grossbritanniens nur noch an bestimmten Feiertagen über dem Stadtparlament von Belfast wehen darf. Die Abstimmung im Stadtparlament ging dabei zu Ungunsten der Unionisten und Loyalisten aus. Dies wiederum führte und führt zu massiven Protesten seitens der Loyalisten. Diese Proteste kosteten den Staat um die 20 Millionen Pfund. Letztes Jahr begannen die Loyalisten mit einem permanenten Protestcamp gegen das Verbot einer ihrer Paraden durch ein katholisches Viertel. Das Camp wurde bewusst an einer republikanischen Enklave aufgebaut. Die Zahl der Protestierenden war gering, bis auf die kleineren wöchentlichen Demonstrationen. Auch dieser Protest kostete den klammen Staat wiederum Millionen. Die ehemalige Kolonie lebt vor allem durch die Unterstützung des ursprünglichen Mutterlandes. Im Jahr 2013 waren die Pro-Kopf-Ausgaben des Vereinten Königreichs mit 10'876 Pfund in Nordirland am höchsten. Ebenfalls am Höchsten war die prozentuale Anstellung im öffentlichen Sektor mit 28%. Dabei sei bemerkt, dass Nordirland neben Wales am wenigsten wirtschaftlichen Profit für das englische Königreich bringt.

Collusion isn't a illusion

Über Jahrzehnte und vor allem während des Konfliktes in den Jahren 1969 bis 1998 – im Volksmund «Troubles» genannt – funktionierte diese Loyalität besonders durch schmutzige Machenschaften. In West-Belfast, ein republikanisch geprägtes Viertel, sind die zahlreichen Opfer der sogenannten Collusion allgegenwärtig. Um die 100 ZivilistInnen, darunter MenschenrechtlerInnen, AnwältInnen und «gewöhnliche BewohnerInnen», sind mit Porträt und Datum des Todestages an einer Wand abgebildet. Unter jedem Bild steht jeweils das Todesdatum und der Spruch «Murdered by Crown Forces and Loyalists»; eine nach wie vor verschwiegene Wahrheit. Die damalige Polizei und der britische Geheimdienst haben die potenziellen Morde den loyalistischen Paramilitärs vor die Füsse gelegt. Der Speck füttert die Made, auch im Norden Irlands. Der Kampf gegen die IRA war vonseiten Englands kein fairer. Nach wie vor sind zahlreiche Massaker der loyalistischen Paramilitärs nicht aufgeklärt. Bis heute kämpfen die Familien und Angehörigen für Gerechtigkeit. Bestes Beispiel dazu bietet der Bloody Sunday in Derry. Im Jahre 1972 wurden dreizehn unschuldige Demonstranten einer Bürgerrechtsdemonstration von britischen Fallschirmjägern erschossen. Eines der Opfer erlag den Verletzungen im Spital, womit die Zahl der Getöteten auf 14 stieg. Dieses Massaker an der Zivilbevölkerung wurde bis heute nicht vollumfänglich aufgeklärt, geschweige denn, die verantwortlichen Personen angeklagt.

International oder national?

Die Fronten sind, wie bereits geschrieben, aufgrund solcher Vorfälle nach wie vor verhärtet. Aber wagen wir dennoch einen Blick auf die aktuellen Umstände in Belfast.

Belfast, nahe an 300'000 EinwohnerInnen, ist die pulsierende Metropole im Norden. Eine aufgeräumte und saubere Innenstadt mit bekannten Kaufhausketten prägt das Bild für gewöhnliche TouristInnen. Doch bereits innerhalb der Innenstadt verläuft man sich bald einmal in politisch gefestigte Viertel. Südbelfast beherbergt eine starke loyalistische Gemeinschaft und den damit einfallenden Paramilitärs. Hier sind Combat 18 und Hakenkreuzgraffitis allgegenwärtig präsent. Der Westen Belfasts, eine republikanische Hochburg, wiederum zeigt nahe des Stadtzentrums seine Solidarität mit international linken Bewegungen. Zwar wäre es vermessen, alle Loyalisten als Neonazis und alle West-Belfaster als linke Internationalisten zu bezeichnen. Aber eine gewisse Tendenz lässt sich dennoch erkennen. Vorfälle mit Asylsuchenden und Flüchtlingen, welche aus loyalistischen Vierteln vertrieben werden, häufen sich. In republikanischen Vierteln wiederum werden Willkommensbesuche bei Flüchtlingen auf sozialen Medien hochgelobt.

Geteiltes und dennoch getrenntes Leid

Dennoch sehen die Arbeiterviertel, oder besser gesagt die Armenviertel, auf beiden Seiten gleich aus: Zwei- bis maximal dreistöckige Häuser reihen sich aneinander, die grosse Mehrheit davon Sozialwohnungen. Auf beiden Seiten gibt es lange Wartelisten für geräumigere Wohnungen. Doch wer ❯

International

Peace Walls wie dieser in der Bomby Street prägen das Stadtbild von Belfast.

vor 20 Jahren eine Vierzimmerwohnung erhalten hat, wird sich kaum zu einem Auszug bewegen lassen. Jugendliche leben gezwungenermassen bei den Eltern. Die Mietpreise der Sozialwohnungen lassen nach wie vor einen kleinen Unterschied zwischen den Konfessionen erkennen. Direkt neben dem Peace Walls in West-Belfast zahlen Katholiken nach wie vor mindestens 100 Franken mehr für die gleiche Sozialwohnung wie ihre protestantischen Nachbarn. Zumindest die Sozialhilfe ist bei beiden gleich hoch. Rund 120 Pfund alle zwei Wochen gibt es für alleinstehende Arbeitslose. Bei den aktuellen Mietpreisen und etwaiger staatlicher Mietunterstützung ist insbesondere für junge Erwachsene ein Auszug aus dem Elternheim oftmals unmöglich. Denn die Ausgaben für das alltägliche Leben lassen sich mittels diesen Sozialhilfebeiträgen kaum bewältigen. Restaurantbesuche oder überhaupt Mahlzeiten, geschweige denn Freizeitaktivitäten, lassen sich damit kaum vereinbaren. In West-Belfast gehen rund 30 Prozent der SchülerInnen hungrig bzw. unterernährt in die Schule.

Dubiose und gefährliche Geldquellen

Unpolitische, vor allem kriminelle Jugendliche lassen sich dadurch gerne als Polizeispitzel anwerben. Hierbei gibt es ein paar Pfund zu gewinnen. Wer oder was oder wie verpfiffen wird, spielt keine grosse Rolle, hauptsache ein wenig mehr Geld fliesst in die eigene Kasse. Doch diese Kids leben gefährlich. Sei es, dass sie nebenbei Einbrüche in den ehemalig geschützten Viertel verüben, als auch, dass die Familie ihr Gehabe nicht goutiert. Die Polizei wird in den meisten republikanischen Vierteln nach wie vor als Feind betrachtet. Dies hat zur Folge, dass besonders in diesen Vierteln vermehrt auf alte Methoden zurückgegriffen wird. Frauen und Männer der nach wie vor bewaffneten Gruppen richten über die Jugendlichen. Dies bedeutet neben Verwarnungen auch Landesverweise und Knieschüsse. Gar nicht gern gesehen sind in den republikanischen Vierteln auch Drogen. Der Konsum jeglicher Drogen, abgesehen von Alkohol, wird nicht goutiert. Der Verkauf von Drogen führt zu den oben genannten Bestrafungen. Die Viertel sollen in dieser Hinsicht rein und klar gehalten werden. Drogen führen, so die Ansicht der bewaffneten Gruppen und einer Grosszahl der BewohnerInnen der entsprechenden Viertel, zu unsinnigen Straftaten und Problemen. Ein weiterer Grund dabei ist, dass die Verteilwege der illegalen Drogen mehrheitlich in der Hand loyalistischer Paramilitärs sind.

Fakt ist jedoch, dass auf beiden Seiten die Strassen dreckig und unaufgeräumt sind. Abfälle säumen die Strassen. Zumindest das Ampelsystem wurde in den letzten Jahren verbessert. Wer sich durch die Viertel wagt, wird von vielen Wandbildern und Erinnerungssteinen geleitet. Den ehemaligen KämpferInnen wird nach wie vor prominent gedacht. Die traurige Geschichte ist allgegenwärtig und schafft damit sicherlich Perspektiven für einen neuen Versuch des bewaffneten Kampfs. Denn überspitzt gesagt: In den Falls hat die Polizei nach wie vor nichts zu melden und in der Shankhill fragen sie sich, wann die RUC endlich wieder einmal katholische Viertel räumen will. ■

**Die Bezeichnungen sind aus dem englischen Sprachgebrauch übernommen und beinhalten in diesem die ganze Breite der einzelnen Bewegungen. Damit sind selbstverständlich auch Frauen gemeint. Vor allem auf republikanischer Seite kämpfen auch viele Frauen mit. Aus diesem Grund wurde auf eine -Innenform im Artikel verzichtet.*

Kleines Lexikon

IRA: Irisch Republikanische Armee; Guerilla-Gruppe, welche für ein vereintes (sozialistisches) Irland kämpfte. Der Kampf richtete sich dabei besonders gegen die Britische Armee und die Nordirische Polizei RUC. In den 1970er-Jahren entstand im Rahmen einer Spaltung eine Offizielle und eine Provisorische IRA. Die Offizielle IRA stellte relativ bald danach den bewaffneten Kampf ein. Heute wird allgemein die Provisional IRA als die IRA betrachtet. Seit dem Karfreitagsabkommen entstanden mehrere Splittergruppen welche den Namen IRA (meistens die irisch-gällische Bezeichnung) verwenden.

Loyalisten & Unionisten: Protestanten, welche die Zugehörigkeit und den Verbleib Nordirlands zum englischen Königreich als politischen Schwerpunkt führen. Sie verfügen über zahlreiche paramilitärische Gruppen, welche besonders gegen (vermeintliche) BewohnerInnen aus katholischen Vierteln Anschläge und Morde verübten. Die bekanntesten Paramilitärs sind dabei die UVF (Ulster Volunteer Force) und die UDA (Ulster Defense Association). Die Gruppen verübten zudem zahlreiche Anschläge und Aktionen unter Decknamen. Bei unzähligen Aktionen wurden den Paramilitärs Hilfestellung durch das Militär bzw. die RUC geleistet.

Republikaner: Bezeichnung für die (mehrheitlich) katholische Bevölkerung, welche sich für die Ziele von Sinn Fein und IRA einsetzen.

RUC: Royal Ulster Constabulary. Nordirische Polizei. Heute PSNI (Police Service of Northern Ireland). Bis zum Karfreitagsabkommen bestand die RUC praktisch nur aus protestantischen PolizistInnen. Mitverantwortlich für zahlreiche Morde an katholischen ZivilistInnen sowie Sinn Fein und IRA Mitgliedern.

Sinn Fein: Partei der IRA, massgeblich am Friedensvertrag beteiligt. Erst ab den 1980er Jahren wirklich relevant als politische Partei im Norden. Heute sowohl im Süden als auch im Norden im Parlament vertreten.

Falls: Katholisches Arbeiterviertel in West-Belfast mit starker Sympathie für die IRA.

Shankhill: Protestantisches Viertel in West-Belfast mit starken Sympathien für die loyalistischen und unionistischen Paramilitärs.

Energiestrategie 2050:

Ein Kompromiss, aber ein Schritt in die richtige Richtung

Schweiz | Die Schweizer Energieversorgung muss einheimisch, erneuerbar und effizient werden. Die Energiestrategie 2050, über welche wir im Mai abstimmen, geht in die richtige Richtung. Die Umweltorganisationen und die links-grünen Parteien mussten zwar manchen Kompromiss akzeptieren, die Energiestrategie 2050 bringt aber wichtige Fortschritte. «Weiter wie bisher» ist keine Alternative. Was ändert, wenn die Energiestrategie 2050 angenommen wird? Welche Bestimmungen sind positiv, welche negativ?

Brigitte Wolf

Mit der Energiestrategie gibt es Investitionsbeiträge für den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen.

Bildquelle: Rainer Sturm/pixelio.de

Neubauverbot für AKW: Rahmenbewilligungen für die Erstellung von Kernkraftwerken dürfen nicht mehr erteilt werden. Das Neubauverbot ist wichtig damit diese hoch riskante Technologie erst gar nicht mehr in Erwägung gezogen wird und man sich auf den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion konzentriert.

Keine Laufzeitbefristung für die alten Reaktoren: Für die Schweizer AKW wird kein Abschaltdatum festgelegt, obwohl 2021 ein Zubau der Erneuerbaren geplant ist, der die Stromproduktion der drei AKW Mühleberg, Beznau I und II ersetzen wird. Eine Befristung der Laufzeit für AKW hätte auf die Versorgungssicherheit keinen Einfluss und wäre ein Gewinn für die Sicherheit.

Mehr Mittel für Gebäudesanierungen: Jährlich können bis zu 450 Millionen Franken aus dem Ertrag der CO_2-Abgabe für Massnahmen zur Verminderung von CO_2-Emissionen durch Gebäude eingesetzt werden. Bislang lag das Maximum bei 300 Millionen Franken. Damit erhalten die Kantone mehr Mittel für ihre Gebäudeprogramme.

Mehr Geld für Projekte aus erneuerbaren Energiequellen: Die Erhöhung des Netzzuschlags von max. 1,5 Rappen auf max. 2,3 Rappen pro Kilowattstunde verkürzt die Warteliste für Projekte mit Berechtigung auf eine Einspeisevergütung. Heute stehen in der Schweiz rund 35'000 solche Projekte mit einer erwarteten Produktion von über 6 Terawattstunden Strom pro Jahr auf der Warteliste.

Keine zusätzlichen Sicherheitsanforderungen: Zwar wird der Neubau von AKW gesetzlich verboten, die bestehenden AKW laufen aber länger als bei ihrem Bau geplant.

Stopp bei der Einspeisevergütung: Ab dem sechsten Jahr nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes werden keine neuen Anlagen mehr ins Fördersystem aufgenommen, ferner werden ab 2031 keine Einmalvergütungen und Investitionsbeiträge mehr gesprochen.

Investitionsbeiträge für den Ausbau von Photovoltaik und Wasserkraft: Für den Ausbau von Photovoltaikanlagen und die Erneuerung und Erweiterung bestehender Kleinwasserkraftwerke sind Investitionsbeiträge möglich. Leider sind solche Investitionsbeiträge auch für den Bau von neuen Wasserkraftwerken ab zehn Megawatt Leistung möglich.

Schutz für die kleinen Fliessgewässer: Neue Kleinwasserkraftanlagen dürfen künftig erst ab einem Leistungsschwellenwert von 1 Megawatt staatliche Förderung erfahren. Dadurch wird verhindert, dass mit öffentlichen Geldern die letzten, noch natürlich fliessenden kleinen Bäche beeinträchtigt werden.

Verbesserter Schutz der Biotope von nationaler Bedeutung: In Biotopen von nationaler Bedeutung (in Mooren, Auen, Amphibienlaichgebieten und Trockenwiesen) sind neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien von Gesetzes wegen ausgeschlossen.

Aufweichung des Schutzes von BLN-Gebieten: Die Energiestrategie spricht der Nutzung erneuerbarer Energien ein nationales Interesse zu, und auch einzelne Anlagen ab einer bestimmten Grösse sollen von nationalem Interesse sein. Damit steht der Bau einer solchen Anlage über dem Interesse des Schutzes von Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN-Gebiete).

Neue PWs und Lieferwagen mit weniger CO_2-Emissionen: Die Autoimporteure müssen die CO_2-Emissionen von neuen Personenwagen in den nächsten fünf Jahren auf durchschnittlich 95 g CO_2 pro Kilometer reduzieren. Damit übernimmt die Schweiz die Regelung, welche in der EU bereits gilt. Neu wird auch für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper ein solcher Durchschnittswert definiert.

Höhere Ziele beim Stromsparen und bei der Stromeffizienz: Der Gesamtenergieverbrauch soll bis 2020 um 16 Prozent und bis 2035 um 43 Prozent sinken. Der Stromverbrauch pro Kopf soll um drei beziehungsweise um dreizehn Prozent bis 2035 sinken. ■

Philosophie

Lou Andreas-Salomé:

Zwischen Muse und Mentorin

Die exzentrische Intellektuelle wird meist nur in Verbindung mit wichtigen deutschen Denkern dargestellt. Ihrem ausgeprägten tiefgründigen Innenleben und ihren literarischen Publikationen werden dabei wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die eigenwillige Russin hatte aber weit mehr zu bieten als ein hübsches Gesicht. Sie hat spannende Beiträge in Zusammenhang mit der Geschlechterfrage geleistet.

Sarah Heinzmann

Lou von Salomé wurde 1861 in Sankt Petersburg als jüngste Schwester von fünf Knaben geboren. Aufgewachsen ist sie in einem bürgerlichen Umfeld, ihr Vater war im Generalstab der russischen Armee tätig. Der Zar soll ihm persönlich zur Geburt seiner Tochter gratuliert haben. Schon als Kind zeigte sich Lou aufmüpfig gegenüber der verhätschelnden Erziehung, die sie erfuhr. Lieber spielte sie mit ihren Brüdern, als in das mädchentypische Bild zu passen. Als Jugendliche weigerte sie sich, an der Konfirmation teilzunehmen, was in ihrer deutschstämmigen Familie für viel Aufregung sorgte. Mit achtzehn beschloss Lou von Salomé, aus der Kirche auszutreten, sehr zur Missgunst ihrer Mutter.

Ihr Wunsch, in Europa zu studieren, war untypisch für die damalige Zeit. Nur wenige Universitäten waren Ende des 19. Jahrhundert für Frauen zugänglich. Von Salomé begann ihre geisteswissenschaftliche Ausbildung in der Schweiz und war eine der ersten Frauen an der Universität Zürich. Krankheitshalber musste sie ins klimatisch freundlichere Rom ziehen. In Rom machte sie Bekanntschaft mit Malwida von Meysenbug, einer feministischen Autorin. Mir ihr tauschte sie Meinungen aus und festigte das Selbstbild einer selbstbestimmten Frau.

Bekanntschaft mit Friedrich Nietzsche

Bald machte sie Bekanntschaft mit Paul Rée, einem engen Freund Friedrich Nietzsches. Die beiden Männer verliebten sich in die junge Russin. Der siebzehn Jahre ältere Nietzsche machte ihr in Luzern einen Heiratsantrag, den Lou ablehnte. Von da an wurde sie in weiten Kreisen nur noch als die Frau wahrgenommen, die Friedrich Nietzsches Heiratsantrag nicht angenommen hatte. Jedoch war ihr die geistige Verbindung zu dem Philosophen wichtiger als amouröse Erfüllung. So träumte Lou von Salomé von einer philosophischen Wohngemeinschaft mit Nietzsche und Rée, die jedoch wegen der starken Eifersucht und Habgier der beiden Männer nie realisierbar sein sollte. Von der freundschaftlichen Beziehung zwischen den drei Denkern bleibt ein bekanntes Bild erhalten. Darauf zu sehen ist Lou auf einem Wagen, mit einer Peitsche in der Hand. Darauf soll sich auch Nietzsches berühmtes Zitat «Du gehst zu Frauen? Vergiss die Peitsche nicht!» beziehen, welches Nietzsche durch Zarathustra aussprechen lässt.

Lou von Salomé hat sich in ihren jungen Jahren dazu entschlossen, keinen sexuellen Kontakt mit Männern zu pflegen. Sie befürchtete, von diesen dadurch lediglich als sexuelles Wesen wahrgenommen zu werden und die intellektuellen Beziehungen, die sie zu verschiedenen Männern pflegte, zu verlieren. Für sie war es ein Akt der Rebellion, sich ihrer Sexualität zu wiedersetzen. Nur so werde man als Frau wahrgenommen, dies war ihre Überzeugung.

> «Von Salomé befürchtete, von Männern nur als sexuelles Wesen wahrgenommen zu werden.»

Dieses Versprechen, das sie sich selbst gegenüber gab, soll sie während ihres jungen Erwachsenenalters auch nie brechen. Die Sexualität ist eine häufig wiederkehrende Thematik in ihren Werken, so widmet sie sich im Buch «Die Erotik» auf rund sechzig Seiten ganz der menschlichen Sexualität.

Von Salomé zog danach für einige Jahre mit Rée nach Berlin. Den Gerüchten zufolge sollen die beiden in wilder Ehe zusammengelebt haben, was jedoch laut ihren eigenen Aufzeichnungen nicht stimmte. Von Salomé umgab sich mit der Avantgarde des Fin de Siecle, wiederum als einzige Frau in ihrem intellektuellen Umfeld.

Die Ehe und schriftstellerische Tätigkeiten

In Berlin lernte sie den Sprachwissenschaftler Friedrich Carl Andreas kennen. Einen Heiratsantrag seinerseits nahm Lou von Salomé nur wegen Selbstmordandrohungen seitens Andreas an. Von da an trägt sie den Nachnamen Andreas-Salomé. Jedoch weigerte sich die fünfundzwanzigjährige, mit dem fünfzehn Jahre älteren Andreas sexuell zu verkehren, was zu ehelichen Spannungen führte. Die Ehe blieb – selbstverständlicherweise- kinderlos. Trotz der turbulenten Ehe wurde die Beziehung zwischen den beiden nie beendet. Wahrscheinlich auch, weil Friedrich Carl Andreas trotz Lous Reisen und Affären darauf beharrte, den Kontakt nicht abzubrechen.

In den darauffolgenden Jahren verfasste Lou Andreas-Salomé viele renommierte Werke und Romane. So auch der Band «Friedrich Nietzsche in seinen Werken», welches als treffende Charakterisierung des inzwischen geisteskranken Philosophen geworden gilt. Treffend beschrieb sie Nietzsche wie folgt: «Die Möglichkeit, einen Ersatz ‹für den verlorenen Gott› in den verschiedenen Formen der Selbstvergottung zu finden, das ist die Geschichte seines Geistes, seiner Werke, seiner Krankheit.»

Während ihrer schriftstellerischen Tätigkeit hatte sie zudem engeren Kontakt mit Frank Wedekind, Arthur Schnitzler und Gerhart Hauptmann, die sich entzückten über den Charme, den die jungen Russin versprühte.

In ihren Werken thematisiert sie Themen, die sie selbst als prägend wahrgenommen hat. So schildert sie häufig die Schicksale junger Frauen, die sich nicht wiederfinden im althergebrachten traditionellen Rollenbild. Auch die Abkehr von der Religion ist ein häufig thematisiertes Sujet ihrer Romane; einerseits bedingt durch ihren eigenen frühen Kirchenaustritt, andererseits durch das lange andauernde Verhältnis mit Friedrich Nietzsche.

Die Zeit mit Rilke und die Psychoanalyse

In München lernte sie im Jahre 1897 den 15 Jahre jüngeren Rainer Maria Rilke kennen. Dieser verliebte sich unsterblich in Lou Andreas-Salomé; er vergötterte sie und widmete ihr Gedichte. Andreas Salomé wurde seine Mentorin, Lehrerin und Liebhaberin. Die beiden führten eine mehrere Jahre dauernde intime Liebesbeziehung. Andreas Salomé hatte das sich selbst gegebene Versprechen gebrochen. Die Romanze endete nach zwei längeren Russlandreisen schlagartig, da Andreas Salomé um ihre emotionale Unabhängigkeit fürchtete und für sich beschloss, die Liaison zu beenden. Mit Rilke blieb sie jedoch Zeit ihres Lebens eng befreundet.

Rilkes seelische Verworfenheit animierten Lou Andreas-Salomé dazu, sich enger mit der Psychoanalyse zu befassen. Schon während ihrer Zeit mit Nietzsche hatte sie sich für den psychologischen Aspekt seiner nihilistischen Welttheorie interessiert. Von der ganzheitlichen Psychoanalyse fasziniert, nahm sie Kontakt zu Sigmund Freund auf. Ein weiterer bedeutender Intellektueller der Neuzeit ist so in ihrem Bekanntenkreis getreten. Freud zeigte sich sehr erfreut über das Interesse der Russin an seinen Werken und nahm sie als Schülerin auf. Auch hat Lou Andreas-Salomé wichtige Beiträge geleistet zur damaligen Psychoanalyse. Vor allem mit dem Themengebiet des Narzissmus fühlte sie sich stark verbunden – einerseits durch ihren eigenen Lebensweg, andererseits durch ihre Bekanntschaft mit Rilke und Nietzsche.

Lou Andreas-Salomé stand in engem brieflichen Kontakt mit Sigmund Freud. Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges trösteten sich die beiden Wissenschaftler über ihren Weltschmerz. «Staaten lassen sich leider nicht psychoanalysieren», so Andreas-Salomés Kritik.

Nach dem ersten Weltkrieg bis hin zu ihrem Tod arbeitete Lou Andreas-Salomé als Psychoanalytikerin. Anfangs aus Interesse, später aus finanzieller Notwendigkeit. Ohne die finanzielle Hilfe von Freud wäre sie nicht über die Runden gekommen.

Im Alter hat sich gar ihre Beziehung zu ihrem Ehemann verbessert. Nach dessen Tod 1930 führte Lou Andreas-Salomé ein einsames Leben. Durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde ihr Arbeitsalltag erschwert, da die Psychoanalyse wegen anscheinender Unsittlichkeit verboten wurde. 1937 starb sie in Göttingen. Kurz vor ihren Tod sagte sie «Ich habe eigentlich immer gearbeitet – warum nur?»

Philosophischer Wert

Häufig wird Lou Andreas-Salomé nur in Zusammenhang mit ihrem intellektuellen Umfeld gesehen – schliesslich hat sie mit Nietzsche, Rilke und Freud – drei prägenden Denker ihrer Zeit verkehrt. Lou Andreas-Salomé jedoch nur auf ihre männlichen Liebhaber und intellektuellen Freunde zu reduzieren käme ihr keineswegs gerecht. Zeit ihres Lebens hat sie dafür gekämpft, als eigenständige Person, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, anerkannt zu werden.

Vor allem hat sie sich dagegen gewehrt, nur als Ehefrau oder Liebhaberin dargestellt zu werden. Sie wollte in keine geschlechtstypische Frauenrolle fallen. Jedoch betonte sie immer wieder, dass die beiden Geschlechter von Natur aus unterschiedlich konstruiert seien. Die emanzipatorische Bewegung müsse die Selbstfindung der Frau zum Ziel haben, und nicht die Überwindung des Gegensatzes zwischen den Geschlechtern. So begründet sie im Werk «Der Mensch als Weib», dass die Frau den Mann nicht als Konkurrenten sehen und sich keine maskulinen Charakteristiken aneignen soll. Sie formulierte dies wie folgt: «Daher ist die prinzipielle geistige und praktische Konkurrenz mit dem Mann (…) ein wahres Teufelswerk, und der äussere Ehrgeiz, der dabei geweckt wird, ungefähr die tödlichste Eigenschaft, die ein Weib sich anzüchten kann.»

Aus Nietzsches Philosophie übernehmend formulierte sie die Theorie des «Überweibes». Dabei geriet sie ins Schwärmerische und formulierte das weibliche Ideal als ein vollkommenes, naturverbundenes Wesen, im Gegensatz zu der unvollkommenen und in sich gespaltenen Männlichkeit.

Der aufbegehrenden Frauenbewegung ihrer Zeit stellte sich Salomés Werk kritisch gegenüber. War sie Feministin oder Antifeministin? So sicher war man sich da nicht. Aus heutiger feministischer Sichtweise sind Lou Andreas-Salomés Schilderungen teilweise fragwürdig – in der damaligen Zeit schaffte die Russin es jedoch, ihre eigenwillige Denkweise auszuleben. Keine ihrer Aussagen beschreibt ihren Lebensstil so treffend wie folgende: «Ich bin Erinnerungen treu für immer: Menschen werde ich es niemals sein.» ■

Bildquelle: kulturstiftung.de

Lou Andreas-Salomé 1882: zusammen mit Paul Ree und Friedrich Nietzsche.

Bildquelle: wikipedia

Ein anderer Blickwinkel:

Eine Frage des Datums

Jonas Jossen studiert an der Universität Fribourg Zeitgeschichte und Germanistik.

Das Alter der Menschen wird in Jahren gemessen. Alter heisst so viel wie: die Betriebszeit der jeweiligen organischen Maschine, angegeben in vollen elliptischen Kreisflügen der Erde um die Sonne, während denen das jeweilige fleischige Knochengestell schon eigenständig an der Erde geklebt habt. Am Jahrestag der Geburt bekommt es meist E-Mails mit Rabattgutscheinen von Online-Verkaufsstellen, eigepackte Waren oder Geld vom sozialen Umfeld, einfach so. Es wird Wert auf diese 24 Stunden gelegt, die ein jeder von Ihnen einmal pro Jahr erleben darf. Heutzutage tippt man nur noch auf klugen Telefonen Glückwunschnachrichten an die Glücklichen, zum Beweis, dass die jeweils Gefeierten so wichtig für die jeweils Beglückwünschenden sind, dass diese sich die Zahlen des jeweiligen Datums gemerkt haben. Es ist ein Detail über jedes Exemplar unserer Spezies, das man als guter Bekannter kennen sollte und dessen Kenntnis die Qualität der Zuneigung anscheinend verbessert. Das Erscheinungsdatum des jeweiligen Bürgers, aufgedruckt auf Identitätskarte, medizinischen Dossiers und schliesslich sogar in den Grabstein gemeisselt, neben dem Todesdatum, dem Totalschaden, dem Funktionsende.

Dieses Ritual, bei dem man «Glück wünscht», ist Teil eines Verhaltenskodex, wenn man so will, einer westlichen Ideologie, an die wir von klein auf gewöhnt wurden und die wir gut finden sollen. Wie Zizek schon wusste: Ideologie sieht im fiktiven Universum der Unterhaltungsindustrie Hollywoods, eingeschifft während und nach jahrzehntelang andauernden ideologischen Konflikten, bei denen versteckte Manipulation, Experimentieren mit unwissenden Massen und unauffällige, aber allgegenwärtige Propaganda zur schlechten Angewohnheit der feindseligen Staaten wurde. Wir standen alle seit unserem echten Geburtstag unter ideologischer Formung, die für einen egoistischen, materialistischen Lebensstil warb, der weder gesund, noch nachhaltig, weder sozial, noch gütig, weder überlegt und effizient, noch im privaten oder im beruflichen Leben erfüllend ist. Der Lebensstil der Alltagshelden, die ihr ödes, einsames Leben mit doofen Sprüchen ertragen und in der Liebe oder unglaublichen Geschichten Erfüllung finden, statt in Gesellschaftsanalyse und Weltverbesserung. Ein passives, abhängiges, ignorantes, naives, meist patriarchisches oder milde nationalistisches Verhalten, das wir anscheinend imitieren wollen, das egozentrische Einzelkämpferverhalten unserer reichen und schöngespritzten Ikonen, deren Leben wir bestaunen; das teure und aufregende Leben im Herzen der Weltstädte, etwa in New York oder Los Angeles, zwischen Luxus und Exzess. Aber Scheisse, wir wohnen in einem Kaff jenseits von allem Glamour und aller Kitschkomödien und wir sprechen weder amerikanisches Englisch noch Synchronstimmenhochdeutsch.

Grosskonzernen und Erfolgsunternehmen ist aufgefallen, dass die allermeisten von uns diesen Verhaltensmustern entsprechen und dass wir an Geburtstagen, Weihnachten oder anderen speziellen Daten emotional werden und konsumieren werden, speziell, wenn wir schon mit gewissen Produkten aufgezogen wurden. Sie wollen in unseren Köpfen, mit den von ihnen produzierten Waren das Gefühl kreieren, zu Hause zu sein, vor allem in den Gebäuden der Unternehmen, beschützt und behütet vor der fürchterlichen Welt der Billig Marken. Geburtstagsparty mit Ronald bei MC Donald's, dann nur auf Facebook, Weihnachtsstimmung mit Coca Cola's Weihnachtsmann aus Nestlé-Schokolade, der Osterstimmung bei Starbucks mit Milka von Mondelez International, Halloween mit Haribo. Man fliegt durch die mit Produkten von Grosskonzernen vollgestopften und festlich dekorierten Supermärkte, im Kaufrausch mit Blick auf die Apple iPhones auf Twitter verbunden mit der ganzen Welt, die jetzt endlich weiss, wann man Geburtstag hat. Schon von Kind auf sind wir aufmerksam geworden auf diese normierten Aussenposten, die diese Unternehmensriesen auf der ganzen Welt aufgeschlagen haben, wahrscheinlich wegen den anderen Kindern. An allen Bahnhöfen und Innenstädten der westlichen Metropolen, Fastfood Filialen und Elektronikriesen – damit auch jeder Grossstädter und Hinterwäldler dieselben Hightech Gadgets geschenkt bekommt oder mit der Geburtstagskohle dieselben teuren Klamotten kaufen kann und denselben Frass in den Magen bekommt wie die Photoshoppuppen, die in den dreissig Sekunden Werbeclips ihr besseres, wahres selbst finden. Produziert wird alles in der anderen Hälfte der Welt, in der, die allen egal ist, da wo Leute das Leid unseres exzessiven Konsums tragen, etwa in Fabriken für Kleider in Indien und für Elektronik in China, die die raren Zauberessenzen unserer Telefone aus sogenannten Minen in Afrika importieren. ■

Buchtipp:

«Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU»

Autoren:	Stefan Aust & Dirk Laabs
Titel:	Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU
Verlag:	Pantheon Verlag
ISBN:	978-3-570-55202-5
Preis:	33.90 Franken

Das bereits im Mai 2014 erschienene Buch über den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) hat an Aktualität nicht viel eingebüsst. Die Autoren haben mit diesem Buch wohl das am besten recherchierte und umfassendste Werk über den NSU geschrieben. In zwölf Kapiteln folgen die Autoren den Spuren des NSU. Von den Anfängen in den 90er Jahren bis hin zur Enttarnung 2011. Aust und Laabs ist es gelungen ein umfangreiches Bild des NSU zu schaffen. Die Anfänge des Trios beginnen als militante Naziskins in Thüringen. Über den Thüringer Heimatschutz vernetzten sich die Neonazis in ganz Deutschland mit Gleichgesinnten. Von Kleindiebstählen und ersten Naziverherrlichungen geht es weiter zu Prügeleien gegen Andersdenkende und MigrantInnen. Gefolgt von Bombenattrappen, bis hin zu einer Serie von Banküberfällen und Morden. Die Autoren zeigen die allgemeine Radikalisierung der Rechtsextremen Szene in ganz Deutschland und international gut auf. Gegenseitig stacheln sich die Neonazis in Heften und bei Treffen auf. Der Weg des führerlosen Widerstandes wird international gepredigt. Nach Aufdeckung einer Bombenwerkstadt taucht ein Trio in Thüringen bereits 1998 in den Untergrund ab und beginnt danach eine beispielslose Mordserie. Hier kommt die Stärke des Buches zum Zuge. Bereits damals verschlampten das Bundeskriminalamt und der Verfassungsschutz die mögliche Festnahme der drei Neonazis. Aust und Laabs zeigen das völlig planlose und überaus dilettantische Agieren der Behörden genauestens auf. Der Verfassungsschutz verfügt über viele Top-V-Männer im Umfeld des Trios, zahlreiche relevante Informationen und Vergehen sind bekannt. Immer wieder gibt es Hinweise auf den Aufenthalt des Trios, dennoch regiert der Verfassungsschutz nicht bzw. leitet die Informationen nicht an die anderen Behörden weiter. V-Männer werden geschützt und trotz mehr als fraglichen Verhaltens weitergeführt. Wichtige Spuren werden nicht weiterverfolgt und Zeugen erst einige Jahre später befragt. Skandale über Skandale häufen sich und der Verfassungsschutz versucht mittels hektischer Aktenschrederei so viel wie möglich zu vertuschen. Dabei gehen zahlreiche relevante Akten von V-Leuten verloren. Aust und Laabs lassen kein gutes Haar am Verfassungsschutz und den anderen Behörden. Die ganze Recherche zeigt ebenfalls auf, dass der NSU nicht auf das bekannte Trio Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt beschränkt werden kann. Das grosse Unterstützungsumfeld war tatkräftiger dabei, als es das Obergericht in München wahrhaben will. Ein spannendes und zugleich erschreckendes Buch über den NSU und die Neonaziszene in Deutschland.

Michael Näpfli

Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen? Dann schreiben Sie uns an rote.anneliese@rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

Kellertheater, Brig

2. März 20.30 Uhr

Hazel Brugger passiert

Zwei Tage nach dem Auftritt im Kellertheater nimmt Hazel Brugger, die Senkrechtstarterin der Schweizer Comedy-Szene und designierte Preisträgerin des Salzburger Stiers 2017, den Deutschen Kleinkunstpreis in Mainz entgegen. Mit ihrem ersten Programm «Hazel Brugger passiert» tourt sie sehr erfolgreich durch die Schweiz, Deutschland und Österreich.

Auf den ersten Blick wirkt die angeblich «böseste Frau der Schweiz» eher unauffällig. Was Hazel Brugger aber in witzigem Plauderton erzählt, führt geradewegs in gedankliche Abgründe, denen man normalerweise lieber ausweicht. Sie spürt das Groteske überall dort auf, wo Unbotmässiges zwar als Subtext bei Gesprächen mitläuft, aber geflissentlich verschwiegen wird. Mit entwaffnender Offenheit und Selbstironie thematisiert sie Peinlichkeiten in allen Lebenslagen und geisselt die allgegenwärtige Erwartungshaltung, dennoch so zu tun, als sei alles in bester Ordnung.

Unia Jugend Oberwallis

30. März 2017, 19.30 Uhr

Jugendhock

Sennereigasse 3, Brig

27. April

Veganer Kochkurs

Naters

Anmeldung zwingend erforderlich:
oberwallis@unia.ch

Der Besondere Film

KINO ASTORIA, VISP jeweils 20.30 Uhr

27.02.2017	Paterson
06.03.2017	Don't call me son – Mãe só há uma
13.03.2017	L'Odyssee
20.03.2017	Nocturnal Animals
27.03.2017	Hidden Figures – Unerkannte Heldinnen
03.04.2017	Le Goût des Merveilles – Birnenkuchen mit Lavendel
10.04.2017	Jackie
17.04.2017	Ma vie de courgette – Mein Leben als Zucchini

Kellertheater, Brig

1. April 20.30 Uhr

Reibungen

Schock der Kulturen, Stimmungen und Kontraste, Familiendruck, Verliebte. Spannungen: das Kabarett unserer Reibungen. Juliette Barbier wurde in Paris geboren, wo sie 37 Jahre lebte, studierte, und viele Facetten der darstellenden Künste erforschte. Sie begleitete über 15 Jahre Regisseure in ihren kreativ-experimentellen Projekten, wobei sie viel lernte. Während fünf Jahren reifte ihr Projekt in Bürchen. Dort boten die Reibungen zwischen Juliettes neuem Leben im Walliser Bergdorf und ihrer Pariser Kultur eine grossartige Grundlage für ihre Kreativität. Sie wird in diesem Projekt durch die positive Energie vieler musikalischer und theatralischer Talente aus dem Dorf unterstützt. Die sequenzielle Form des Kabaretts, direkt und humorvoll, ist die perfekte Struktur um diesen Reichtum wiederzugeben.

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

Die RA abonnieren – oder verschenken

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 100 Franken.
☐ Ich verschenke ein RA-ABO für 50 Franken (Rechnung an mich).
☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.
☐ Ich bestelle ein **Online-RA-ABO** für 50 Franken.

Geschenk-ABO an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte ausschneiden und senden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis

oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch

www.roteanneliese.ch

Kirchenaustritte:

Keine Transparenz von kirchlicher Seite aus

Wallis | Schweizweit steigt die Anzahl der Konfessionslosen, die Kirchenaustritte nehmen zu. Das zeigt eine Untersuchung des Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts SPI. Wie die Lage indes im Wallis aussieht, ist und bleibt unbekannt. Die hiesige kirchliche Körperschaft hüllt sich in Schweigen.

Martin Germann

Religion verliert in der Schweiz immer mehr an Bedeutung. War der Anteil der Konfessionslosen 1960 noch bei knapp einem Prozent, machten die Konfessionslosen im Jahr 2015 bereits rund 23,9 Prozent der ständigen Schweizer Wohnbevölkerung aus. Rund 24,9 Prozent gehören heute der evangelisch-reformierten Kirche an, bei der römisch-katholischen Kirche sind es 37,3 Prozent. Entsprechend dem Trend gibt es auch immer mehr Kirchenaustritte. Schweizweit nehmen diese in den letzten Jahren weiter zu. In jedem einzelnen von dem Schweizerischen Pastoralsoziologischen Institut (SPI) untersuchten Kanton ist die Anzahl der Austritte hochgerechnet auf die Anzahl Mitglieder in den letzten vier Jahren gestiegen. Von der Austrittswelle ist sowohl die römisch-katholische, wie auch die evangelische-reformierte Kirche betroffen.

Zum Wallis gibt es keine Zahlen

Im vom SPI herausgegebenen «Factsheet» zu den Kirchenaustritten fehlt das Wallis jedoch komplett. Auf Anfrage der Roten Anneliese begründet Judith Albisser, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des SPI, die fehlenden Zahlen zum Wallis folgendermassen: «In der Schweiz ist es nicht möglich, von allen Kantonen die Kirchenaustrittsrate zu berechnen, da nicht überall die benötigten Daten dazu erhoben werden. Im Kanton Wallis fehlt die kantonale kirchliche Körperschaft. Wir haben keine Angaben zur Zahl der Kirchenmitglieder für den Kanton Wallis; und diese benötigen wir um die Kirchenaustrittsrate zu berechnen.»

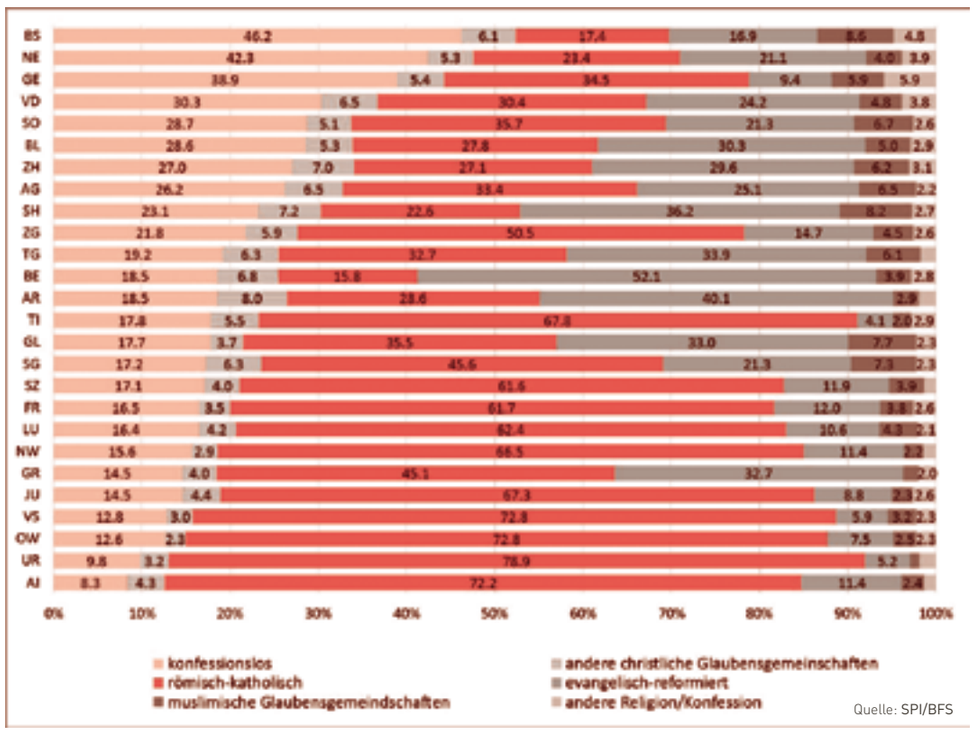
Dass diese Zahlen dem SPI nicht vorliegen, muss jedoch längst nicht bedeuten, dass entsprechende Zahlen zu den Kirchenaustritten nicht vorhanden sind. Es ist nur schwer zu glauben, dass die Kirche nicht wissen will, wie viele ihrer Schäfchen sie jährlich verliert. Herausrücken will mit den Zahlen jedoch niemand. Sowohl das Bistum Sitten, wie auch die Evangelisch-reformierte Kirche des Wallis liessen eine entsprechende Anfrage der Roten Anneliese unbeantwortet. Transparenz sieht anders aus.

Wann reagiert die Politik?

Diese fehlende Transparenz von kirchlicher Seite aus, sollte eigentlich auch die PolitikerInnen in Sitten und den Staat Wallis hellhörig werden lassen. Die Kirchen geniessen sowohl auf Kantons- wie auch auf Gemeindeebene zahlreiche Privilegien und kommen in den Genuss von staatlicher finanzieller Unterstützung. Alleine das Bistum in Sitten kassiert jährlich einen «Kantonsbeitrag» in der Höhe von 420'000 Franken.

Aufgrund der privilegierten Stellung, welche sowohl die römisch-katholische, wie auch die evangelisch-reformierte Kirche im Wallis weiterhin innehaben, wäre es an der Zeit, dass die Mauer des Schweigens, was Kirchenaustritte angeht, auf politischer Ebene endlich durchbrochen wird. Um hier Transparenz zu schaffen, wäre der Grosse Rat gefordert. ■

Der Anteil an Konfessionslosen steigt in allen Kantonen stetig. Was die Kirchenaustritte angeht, hüllen sich die Walliser Kirchen jedoch in eine Mauer des Schweigens.



Quelle: SPI/BFS

AZB
CH-3900 Brig-Glis
DIE POST

ROTE ANNELIESE
AZB CH-3900 BRIG-GLIS | NR. 241 | FEBRUAR 2017
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder
per E-Mail an: rote.anneliese@rhone.ch